

# Die Reinsfelder Kartoffelaffäre

Eine gewaltsame Beschaffungsaktion mit Todesfolge aus dem Jahre 1919

© Dittmar Lauer

In der im Jahre 1981 erschienenen Chronik der Gemeinde Reinsfeld<sup>1</sup> findet sich im Kapitel „Zwischen den Kriegen“ ein Hinweis von fünfzehn Zeilen über eine Auseinandersetzung zwischen deutscher Polizei und Zivilisten, bei der ein unbeteiligter Reinsfelder Bürger „infolge einer Schussverletzung verstorben sei“<sup>2</sup>. Zu der Auseinandersetzung, so mutmaßen die Chronikschreiber, sei es gekommen, weil „ab Sommer 1919 die Requirierungskommandos der Franzosen und ihre zivilen Helfer auf den Dörfern“ erschienen, „um Vieh und Getreide, Gemüse und Kartoffeln zu beschlagnahmen“<sup>3</sup>.



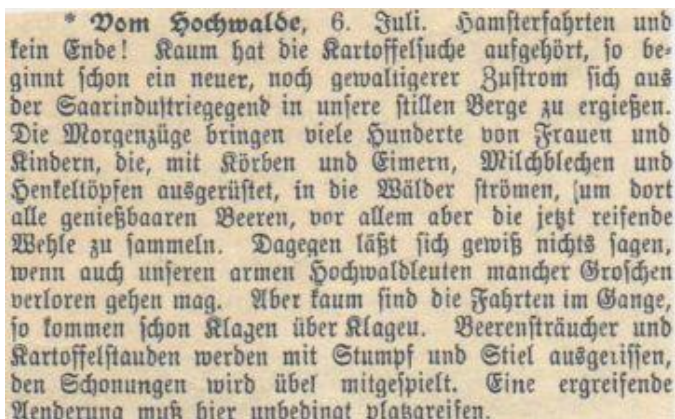
Bauern-Stimmen Nr. 18 vom 11.10.1919

In Wirklichkeit handelte es sich bei dieser Auseinandersetzung um eine von Stadt und Landkreis Trier gemeinsam organisierte Aktion zur Kartoffelbeschaffung für die hungernde Bevölkerung der Stadt Trier, über die in deutscher und ausländischer Presse<sup>4</sup> ausführlich berichtet wurde und zu Anfragen an die Preußische Landesversammlung und die Nationalversammlung führte. Die als Reinsfelder Kartoffelaffäre<sup>5</sup> bekannt gewordene Beschaffungsaktion mit Todesfolge wurde vom Trierischen Bauernverein<sup>6</sup> der preußischen Staatsmacht und ihren regionalen Vertretern angekreidet und führte zur Ausweisung beteiligter Beamter durch die französische Besatzungsmacht<sup>7</sup>.

Mit zunehmender Dauer des Ersten Weltkrieges verschlechterte sich die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. In trügerischer Erwartung eines schnellen Sieges war für einen länger anhaltenden Krieg nur geringe Vorsorge getroffen worden. Wegen schlechter Ernteergebnisse und der britischen Seeblockade<sup>8</sup> sah man sich zur Rationierung und Festsetzung von Höchstpreisen<sup>9</sup> für Grundnahrungsmittel gezwungen. Dabei spielte die Kartoffel als Hauptnahrungsmittel eine umso wichtigere Rolle, als das Angebot anderer Lebensmittel wie Getreide und Fleischwaren immer knapper wurde. Der Anfang des Jahres 1916 um das Zweieinhalbfache angestiegene Kartoffelverbrauch zwang die zuständige Reichskartoffelstelle<sup>10</sup> in Berlin zur Festsetzung von Kartoffel-

rationen<sup>11</sup>. Als Höhepunkt der Lebensmittelverknappung und vor allem des Kartoffelmangels ist der Rüben- oder *Hungerwinter* 1916/1917 in Erinnerung geblieben. Die durch einen verregneten Herbst verursachte Kartoffelfäule und ein außerordentlich kalter Winter, durch den der Kartoffeltransport in die Städte erschwert wurde, zwangen die Menschen zum Verzehr von Steck- und Kohlrüben, die normalerweise als Viehfutter gebraucht wurden<sup>12</sup>.

Die mangelhafte Kartoffelversorgung traf in erster Linie einkommensschwache Bevölkerungsschichten, die es sich nicht leisten konnten, Kartoffeln über den *Schleichhandel* oder auf dem *Hamsterweg* zu besorgen – und das noch zu Preisen, die weit über dem festgesetzten Höchstpreis der Reichs- und Provinzialkartoffelstelle lagen. Wie groß die Not der meist städtischen Bevölkerung zu dieser Zeit war, kann man in manchen Schul- und Ortschroniken nachlesen. „Ein Zeichen der Zeit sind die Hamsterer, die täglich und des Sonntags in ganzen Scharen unser früher wenig bekanntes Dorf durchziehen, um Kartoffeln, Brot, Butter, Eier und dergleichen aufzutreiben. Ich habe im Juni zwei Schulkinder von Louisenthal<sup>13</sup> angetroffen, die an einem Mittwochnachmittag mit der Bahn bis Waldrach kamen und dann zu Fuß den Weg nach Lorscheid machten, um Kartoffeln abzuholen. Sie wollten noch am selben Abend zurück, weil sie angeblich am anderen Morgen in der Schule sein müssten“<sup>14</sup>.



\* Vom Hochwalde, 6. Juli. Hamsterfahrten und kein Ende! Kaum hat die Kartoffelsuche aufgehört, so beginnt schon ein neuer, noch gewaltigerer Zustrom sich aus der Saarindustriegegend in unsere stillen Berge zu ergießen. Die Morgenzüge bringen viele Hunderte von Frauen und Kindern, die, mit Körben und Eimern, Milchblechen und Henkeltöpfen ausgerüstet, in die Wälder strömen, um dort alle genießbaren Beeren, vor allem aber die jetzt reife Wehle zu sammeln. Dagegen läßt sich gewiß nichts sagen, wenn auch unseren armen Hochwaldleuten mancher Groschen verloren gehen mag. Aber kaum sind die Fahrten im Gange, so kommen schon Klagen über Klagen. Beerensträucher und Kartoffelstauden werden mit Stumpf und Stiel ausgerissen, den Schonungen wird übel mitgespielt. Eine ergreifende Änderung muß hier unbedingt Platzgreifen.

Hochwald-Zeitung  
vom 31.07.1917

Vom Hochwald wird berichtet: „Hamsterfahrten und kein Ende! Kaum hat die Kartoffelsuche aufgehört, so beginnt schon ein neuer, noch gewaltigerer Zustrom sich aus der Saarindustriegegend in unsere stillen Berge zu ergießen. Die Morgenzüge bringen viele Hunderte von Frauen und Kindern, die, mit Körben und Eimern, Milchblechen und Henkeltöpfen ausgerüstet, in die Wälder strömen, um dort alle genießbaren Beeren, vor allem aber die jetzt reife ‚Wehlen‘ zu sammeln. Dagegen lässt sich gewiss nichts sagen, wenn auch unseren armen Hochwaldleuten mancher Groschen verloren gehen mag. Aber kaum sind die Fahrten im Gange, so kommen schon Klagen über Klagen, Beerensträucher und Kartoffelstauden werden mit Stumpf und Stiel ausgerissen, den Schonungen wird übel mitgespielt. Eine ergreifende Änderung muss hier unbedingt passieren“<sup>15</sup>.

In der Stadt Trier wurden im Herbst 1917 Vorkehrungen zur Linderung der Kartoffelnot für die Empfänger von Armen- oder Kriegsunterstützung getroffen, indem der Kartoffelpreis auf sechs Mark herabgesetzt und der Unterschied zum festgelegten Höchstpreis von der Stadtkasse übernommen wurde<sup>16</sup>. Später kamen auch die bedürftigen Hinter-

bliebenen der im Krieg Gefallenen in den Genuss der Verbilligung<sup>17</sup>. Im Januar 1918 wird von der großen Kartoffelnot in Trier, „einer Stadt, die in der Nähe reicher Kartoffelgebiete ohne nennenswerte Industrie liegt“, berichtet<sup>18</sup>. Der Landkreis, der auf Anweisung der Kartoffelverteilungsstelle rund 177.000 Zentner Kartoffeln zum festgesetzten Höchstpreis an die Stadt zu liefern verpflichtet war, hatte nur die Hälfte angeliefert. „Dieser Rückstand ist nicht auf Beförderungsschwierigkeiten zurückzuführen, sondern die fehlenden Kartoffeln sind einfach nicht mehr vorhanden. Die Stadt Trier, die ihre Kartoffeln sichergestellt glaubte, muss nun auf die Suche nach einem neuen Kreis gehen“. Die Landkreisbauern waren – wie die kartoffelproduzierenden Bauern überall im Deutschen Reich – nicht bereit, den staatlich festgesetzten Höchstpreis, zu dem sie ihre Kartoffeln verkaufen sollten, zu akzeptieren, wenn sie auf dem Markt oder, wie ihnen vorgeworfen wurde, „auf dem Wege wucherischen Schleichhandels“<sup>19</sup> einen weit höheren Preis aushandeln konnten und angeboten bekamen. Die Bauern hielten dem entgegen, dass der viel zu niedrige Höchstpreis ihre Produktionskosten nicht decke und sie deshalb gezwungen seien, ihre Kartoffeln an zahlungskräftigere Kunden abzugeben. Zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Lebensmittelversorgung wurden Kommissionen eingesetzt, um „dem Schleichhandel und dem damit verbundenen Wucher mit aller Schärfe entgegentreten zu können“<sup>20</sup>. Unregelmäßigkeiten sollten der Kommission umgehend gemeldet werden.

Wie groß der Kartoffelengpass und die Sorge der zuständigen Behörden um gerechte Verteilung waren, zeigt „die höherer Anordnung zufolge durchgeführte Revision der Kartoffelvorräte“ bei den Versorgungsberechtigten bzw. den Verbrauchern. In Form von Stichproben wurden die Kartoffelvorräte durch Polizeiorgane festgestellt und zwar so, dass jeder einzelne Haushalt auf eine Kontrolle gefasst sein musste. Hierbei wurde ausdrücklich angeordnet, dass Haushaltungen, „welche die Kartoffeln nicht ordnungsmäßig aufbewahrt oder über den Tagessatz hinaus davon verzehrt haben, der Rest der Kartoffeln abzunehmen ist. Außerdem sind solche Fälle dann in der örtlichen Presse bekannt zu geben“<sup>21</sup>.

Mitte September begann auf dem Hochwald die Kartoffelernte der mittelfrühen Sorten<sup>22</sup>. Die Gegend von Hermeskeil und Kell bildete das Hauptversorgungsgebiet für die Stadt Trier und so sah man „die trierische Bevölkerung zu Hunderten auf das Land ziehen, um wenigstens den nötigsten Kartoffelbedarf beim Erzeuger selbst zu holen. Die Abendzüge waren in der Regel so besetzt, dass es manchmal schwer wird, die mit Kartoffeln gefüllten Säcke und Körbe in den Wagen zu verstauen. An den Bahnhöfen halten zu jedem Zuge Dutzende von Handwagen, um dieselben nach Hause zu bringen. Das Hamstern von Kartoffeln in kleineren Mengen wird in Anbetracht der gegenwärtigen Notlage stillschweigend gestattet. Anerkennung verdient, dass die Landleute im Allgemeinen keine übermäßig hohen Forderungen stellen, abgesehen von einigen Ausnahmen, wo man die Not der Städter auch in wucherischer Weise auszunutzen sucht“<sup>23</sup>.

Der weitaus größere Teil der einkommensschwachen Bevölkerungsschichten der Stadt Trier war weder mobil noch zahlungskräftig genug, sich selbst mit ausreichend Kartoffeln zu versorgen. Sie waren auf die Zuteilungen durch das städtische Lebensmittelamt angewiesen,

das die benötigten Kartoffelmengen zu den von der Provinzialkartoffelstelle festgesetzten Höchstpreisen<sup>24</sup> zu beschaffen versuchte. Die für den Aufkauf der Kartoffeln legitimierten Hochwald-Agenten<sup>25</sup> der Handelsgesellschaft ländlicher Genossenschaften in Koblenz informierten schon Ende September 1919, dass sie keine Kartoffeln zum Höchstpreis von acht Mark den Zentner erhalten würden. Die Bauern in Hinzert, Gusenburg und Sauscheid verlangten zwölf Mark, die in Pölerst sogar fünfzehn Mark je Zentner. Geisfeld hatte zwar zwei Wagons mit rund 600 Zentnern Kartoffeln geliefert, verweigerte nunmehr aber jede weitere Abgabe. Die Bauern in Hermeskeil hatten mit dem Ausmachen der Kartoffeln erst begonnen, wollten aber auch nicht zum Höchstpreis abliefern<sup>26</sup>. In einer Versammlung des Trierischen Bauernvereins in Schillingen hatte man einstimmig beschlossen, die Kartoffeln „restlos zum Preis von zwölf Mark den Zentner abzugeben und zwar an erster Stelle die Stadt Trier mit Kartoffeln zu versorgen“<sup>27</sup>. In Reinsfeld hatten die Bauern sogar einen Preis von zehn Mark für angemessen erachtet, wie der Trierische Bauernverein meldete<sup>28</sup>. Wenn man bedenkt, dass die „gewerbemäßigen Kartoffelhamsterer“ wesentlich höhere Preise zahlten, darf man die Preisvorstellungen der Bauern als durchaus angemessen ansehen. Vor diesem Hintergrund drängten die Agenten „die maßgebenden Stellen, dass diesem wilden Handel ein Ende gemacht wird, weil dadurch unsere ganze Kartoffelversorgung gefährdet ist“<sup>29</sup>. Wenn man dagegen seitens der Behörden den von den Bauern verlangten Preis zu zahlen bereit gewesen wäre, hätte auch die Stadt Trier ausreichend mit Kartoffeln versorgt werden können.

Diese Bereitschaft allerdings war weder bei der Stadt noch beim Landkreis Trier vorhanden, wie der weitere Verlauf zeigen wird. Dabei nahmen „die Freien Gewerkschaften als Vertreter der übergroßen Zahl der Arbeiter“ eine gewichtige Rolle ein, indem ihre Funktionäre immer wieder in drastischen Bildern auf die große und „unerträgliche Not der Arbeiterklasse“ hinwiesen. Publizistische Unterstützung und Verbreitung fanden die Appelle in der seit Ende August 1919 erscheinenden Volkswacht<sup>30</sup>, die sich „die Propagierung des Sozialismus bzw. der Sozialdemokratie“<sup>31</sup> zum Ziel gesetzt hatte. Treibende Kraft war der Gewerkschaftsführer, SPD-Parteisekretär und Abgeordnete Gottlieb Reese, der den finanziellen Grundstock für die Herausgabe der Volkswacht gelegt hatte<sup>32</sup>. „Wir haben genug gehungert! Sollen wir jetzt durch unmäßige Gewinnsucht noch mehr hungern? Nein! Das wollen wir nicht. Wenn nicht genug da wäre, dann wäre es was anderes. Dann sollen aber alle gleichmäßig hungern und wir Arbeiter nicht allein“ ließ er in der Volkswacht<sup>33</sup> verbreiten.

Vertreter der Freien Gewerkschaften ergriffen die Initiative und suchten zunächst bei Capitaine Rousseau, dem französischen Militärbeauftragten des Stadtkreises Trier, um eine Unterredung nach, um sich dessen Rückendeckung zu versichern bei ihrem Bemühen, wenn nun „alles ... geschehen wird, um die Ernährung der Arbeiterschaft nicht zu gefährden“. Auch bei der Stadtverwaltung war man vorstellig geworden und hatte „energische Handlungen“ verlangt. Daraufhin fand auf dem städtischen Lebensmittelamt eine Besprechung statt, an der neben dem Amtsleiter Stadtassessor Dr. Gahlen, Regierungsassessor von Hansemann als Vertreter des in Berlin weilenden Regierungspräsi-

dentem Wilhelm Momm<sup>34</sup>, Kreissyndikus Dr. Klepzig als „Leiter der kriegswirtschaftlichen Abteilung des Landratsamtes Trier“ in Vertretung des beurlaubten Landrates Maximilian von Troschke<sup>35</sup> sowie als weiterer Landkreisvertreter Assessor Dr. Eiler, der beim Kreis als „Leiter der Kreisfettstelle und als Schleichhandelskommissar der Regierung“ fungierte, teilnahmen. Die Vertreter der Freien Gewerkschaften waren ebenso geladen wie die lokalen Pressevertreter. Der Trierische Bauernverein als Organ der kartoffelproduzierenden Bauern hatte allerdings keine Einladung erhalten.

Die Besprechungsrunde stellte nochmals fest, dass die Versorgungsnot nunmehr so groß sei, „dass ernstliche Unruhen der Stadtbevölkerung zu erwarten seien, wenn nicht der Landkreis endlich seiner Lieferungsverpflichtung nachkäme“<sup>36</sup>. Dr. Klepzig als Vertreter des Landrats verwies auf die allzu niedrigen Höchstpreise, man solle einen angemessenen Preis zahlen, dann wäre auch ein Ankauf von Kartoffeln möglich. Stadtassessor Dr. Gahlen dagegen vertrat diese Ansicht nicht, „die ganze Sache sei eine Autoritätsfrage ... man müsse die Staatsautorität, die nicht zusammengebrochen und geschwunden, sondern nur geschwächt sei, nötigenfalls auch einmal wieder zur Anwendung bringen, dies sei Beamtenpflicht“<sup>37</sup>. Dr. Gahlen, der „ein warnendes Beispiel für die Bauern statuieren wollte“, gab die Parole aus: „Wenn die Kartoffeln nicht herbeigeschafft werden, holen wir sie mit Gewalt“<sup>38</sup>.

Auf diese Anregungen hin zeigte sich auch Assessor Dr. Eiler zur gewaltsamen Kartoffelbeschaffung bereit. Der den abwesenden Landrat Maximilian von Troschke vertretende Kreissyndikus Dr. Klepzig wurde überstimmt<sup>39</sup> und so beschloss die Besprechungsrunde, die „renitenteste Gemeinde des Hochwaldes Reinsfeld“<sup>40</sup>, zur Lieferung von Kartoffeln mit allen gesetzlichen Mitteln anzuhalten und gegebenenfalls auch mit Zwang vorzugehen. Die Ausführung der Aktion, alle ihre Einzelheiten, insbesondere die zu ergreifenden Maßnahmen wurden alsdann völlig selbstständig von dem Landratsamt im Einvernehmen mit der Stadt als dem Hauptinteressenten beschlossen und besprochen. Bei der Aktion selbst beteiligte sich die Stadt – wie sie später kundtat – lediglich unterstützend, indem sie dem Landratsamt Arbeitskräfte für das Verladen, Autos für den Transport und fürsorglich Polizeimannschaften zur Aufrechterhaltung der Ordnung, falls eine Zwangserfassung nötig werden sollte, zur Verfügung stellte<sup>41</sup>.

Nach dem von den beiden Assessoren Dr. Gahlen und Dr. Eiler ausgearbeiteten Ausführungsplan rollten in den Abendstunden des 1. Oktober 1919 – unmittelbar nach der Besprechung im Lebensmittelamt – sechs leere Eisenbahnwaggons nach Reinsfeld. Zwanzig Gendarmen<sup>42</sup> und sieben Polizeibeamte erhielten noch am selben Abend ihre Einsatzpläne und dreißig Gewerkschafter samt ihren Führern wurden für die anderntags geplante Kartoffelbeschaffungsaktion aktiviert.

In Reinsfeld wird man sich zunächst über die am Bahnhof abgestellten sechs leeren Waggons gewundert haben. Als jedoch am 2. Oktober 1919 im Trierischen Volksfreund ein Artikel<sup>43</sup> unter der Überschrift „Trier bekommt Kartoffeln“ erschien mit dem Hinweis auf die „sechs Eisenbahnwaggons, die gestern nach einem Orte hingeschickt wurden, der sich besonders renitent gegen seine Ablieferungspflicht gezeigt

hat“, wurde den Zeitungslesern klar, dass Reinsfeld gemeint war. Die Nachricht machte im Dorf schnell die Runde und sorgte für erhebliche Unruhe. In der *Volkswacht* vom selben Tag war schon vorab quasi eine Regieanleitung der Beschaffungsaktion nachzulesen: „Heute Morgen fahren drei Autos von Trier nach dem Ort. In dem ersten sitzt je ein Vertreter der Stadt und des Landratsamtes. Sie werden nach Legitimation den Ortsvorsteher auffordern, binnen zwei Stunden die Kartoffeln zu beschaffen, die bis Ende September geliefert werden mussten, da wir was zu essen haben müssen. Weigert sich der Herr [gemeint ist der Ortsvorsteher] oder glaubt er es nicht zu können, so fahren die nächsten beiden Autos vor. In dem einen sitzen zwanzig bewaffnete Gendarmen und sieben Polizeibeamte, in dem anderen sind dreißig Gewerkschafter mit mehreren Führern. Diese werden unter dem Schutz der Staatsgewalt die Kartoffeln holen und verladen. Heute Abend sind dann Kartoffeln da und das zum Höchstpreis.“<sup>44</sup>



Auf dem Marktplatz vor dem Gasthaus Kuhl spielten sich die dramatischen Szenen ab

Die zum Teil unterschiedlichen und sich widersprechenden Berichte über den genauen Ablauf der Kartoffelbeschaffungsaktion in der lokalen Presse und der betroffenen Behörden wie Stadt und Landkreis Trier sowie dem Trierer Bauernverein spiegeln die jeweiligen Standpunkte wider und sind geprägt von dem Bemühen, jede Schuld an dem gewaltsamen Vorgehen von sich zu weisen, so dass für die Rekonstruktion der Reinsfelder Kartoffelaffäre die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten<sup>45</sup> herangezogen werden. Demnach erreichten die von Trier kommenden Lastkraftwagen den Hochwaldort Reinsfeld gegen 11:00 Uhr vormittags. Die Assessoren Dr. Gahlen und Dr. Eiler suchten umgehend den Ortsvorsteher Peter Engler auf, schilderten diesem die Notlage der Stadt Trier und forderten die Abgabe von sechs Waggons Kartoffeln gegen Zahlung des Höchstpreises von acht Mark. Bevor der vollkommen überraschte Ortsvorsteher Einwendungen vorbringen konnte, trug ihm Dr. Eiler auf, seine Gemeinde durch die Ortsschelle zur freiwilligen Kartoffelabgabe aufzufordern. Als die Assessoren nach Ablauf der gestellten Frist um 13:30 Uhr wieder beim Ortsvorsteher vorsprachen und ihn nach der Bereitwilligkeit zur Ablieferung der auferlegten Mengen fragten, erklärte dieser ausweichend, sie sollten darüber selbst mit der Gemeindevertretung verhandeln. Dr. Eiler, der eine „weitere Verschleppung“ nicht dulden wollte, kündigte

die Zwangserfassung an: „Wir wollen sehen, wer die Macht hat, der Bauernverein oder die Regierung.“<sup>46</sup>

Von Gendarmen eskortiert fuhr der erste der drei Lastkraftwagen in Richtung Marktplatz<sup>47</sup> vor, mehrere Arbeiter betraten die beiden ersten Bauernhäuser, wo sie zunächst auch einige Zentner Kartoffeln zum staatlich festgelegten Höchstpreis von acht Mark bekamen. Inzwischen aber hatte sich eine größere Menschenmenge zusammengefunden<sup>48</sup> und als weitere Häuser betreten werden sollten, nahmen die Dorfbewohner eine drohende Haltung ein. Daraufhin fuhrn auch die beiden anderen Lastkraftwagen mit Besatzung vor. Rund 60 bewaffnete Gendarmen, Polizisten und Gewerkschaftsarbeiter standen einer „Menschenmenge“ von etwa 150 Dorfbewohnern gegenüber. Obwohl die Führer der Gendarmen und Polizisten versuchten, die aufgeregte Menge zu beruhigen und sich Gehör zu verschaffen, eskalierte das Geschehen, als die Arbeiter weitere Bauernhäuser betreten wollten. Es blieb nun nicht bei heftigen Drohungen und Schimpfworten, viele der erzürnten Männer griffen zu Pflastersteinen, Hacken, Wagenrungen und Scheitholz – was sie eben zu greifen bekamen – und näherten sich in drohender Haltung den Gendarmen und Polizisten. Der Befehl führende Oberwachtmeister ließ Abwehrstellung einnehmen, die Karabiner und Revolver entsichern – und in geschlossenem Zug rückten die bewaffneten Gendarmen und Polizisten gegen die Front erregter Bauern vor. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem zunächst ein Schreckschuss in die Luft gefeuert wurde. Kurz darauf löste sich ein zweiter Schuss bei einem Gerangel zwischen einem der Gendarmen und einem Burschen, der ihm den Karabiner zu entreißen suchte. Bei dem allgemeinen Tumult und Durcheinander hatte man nicht gleich bemerkt, dass der zweite Schuss den an dem ganzen Geschehen unbeteiligten pensionierten Bergmann Johann Bonertz getroffen hatte<sup>49</sup>, der vor dem Hause des Reisenden und Kirchenschweizers Adam Eiden stand. Der 64 Jahre alte Bonertz, von dem die Leute später sagten, er sei „einer der bravsten Landleute des Ortes“<sup>50</sup> gewesen, war in den Unterleib getroffen worden. Adam Eiden, der von der oberen Etage seines Wohnhauses aus den Aufstand beobachtete, eilte hinunter und trug mit weiteren Helfern den Schwerverletzten in seine Wohnung. Der schnell herbeigerufene Ortspfarrer Jakob Miesen spendete noch die letzte Ölung, bevor Johann Bonertz, ohne die Besinnung wieder erlangt zu haben, gegen 14:15 Uhr verstarb<sup>51</sup>. Die kurz nach der Beerdigung auf staatsanwaltschaftliche Anordnung durchgeführte Exhumierung und Obduktion des Getöteten ergab nach dem ausführlichen Bericht des Kreisarztes Dr. Gottfried Hoffmann und des mit der Leitung des Hermeskeiler Marinelazarets beauftragten Oberarztes Dr. Theophil Hackethal, dass Johann Bonertz „insbesondere durch die stattgefundene Durchtrennung einer großen Schlagader in der Beckenhöhle“<sup>52</sup> verstorben war.

Nach dem tödlichen Schuss auf den Mitbürger Johann Bonertz hatte sich die konsternierte Menschenansammlung schnell aufgelöst. „Nun begann die Arbeit des Ladens und des Transportes der Kartoffeln. Trotz des Fleißes der Arbeiter ging es langsam vor sich, bis endlich einsichtige Landleute sich bereit erklärten, die einen fünf, die andern zehn, andere mehr Zentner abzuliefern. So konnte der Zweck der Fahrt erreicht werden – leider unter Begleitumständen, die tief bedauert

werden müssen“<sup>53</sup>, so der spätere offizielle Bericht der Regierungsstellen. In diesem Bericht wird allerdings verschwiegen, dass die Vertreter von Stadt und Landkreis nach dem tragischen Tod des Johann Bonertz nunmehr zehn Mark zu zahlen bereit waren – also genau den Betrag, den die Reinsfelder Bauern schon vor der Zwangsmaßnahme für angemessen hielten.



Johann Bonertz im Kreise der Familie (Foto: Edda Jager in Reinsfeld)

So konnten zumindest zwei der sechs auf dem Bahnhof abgestellten Waggons beladen werden. Zum Abtransport nach Trier kam es allerdings nicht, da inzwischen der vom Trierischen Bauernverein zu Hilfe gerufene französische Militärverwalter Major Marquis de Warren in Reinsfeld eingetroffen war, „um die Bauern vor weiteren Gewaltakten zu schützen“<sup>54</sup>. Er verfügte, nachdem die Bauern ihm die Lage aus ihrer Sicht erläutert hatten, dass die auf dem Bahnhof stehenden Kartoffeln nicht eher abrollen dürften, bis die Stadt Trier sich bereit erkläre, insgesamt zwölf Mark für den Zentner zu zahlen“<sup>55</sup>. Noch am selben Abend willigte die städtische Lebensmittelkommission ein. Doch es dauerte Monate, ehe der Streit zwischen Stadt und Landkreis um Begleichung des Differenzbetrages von zwei Mark beigelegt wurde. Letztlich beschloss der Kreisausschuss des Landkreises Trier auf Antrag des Trierer Bauernvereins<sup>56</sup>, den Reinsfelder Bauern die versprochenen zwei Mark pro Zentner auszuzahlen. Die Franzosen übrigens hatten die beiden beladenen Waggons Tage später freigegeben, verboten sich aber für die Zukunft weitere derartige gewaltsame Zwangserfassungen.

Dass die Verantwortlichen des Trierischen Bauernvereins die französische Militärbehörde zu Hilfe gerufen hatten, erregte bei den offiziellen Verwaltungs- und Regierungsstellen höchsten Unmut. Man unterstellte jenen, „unter agitatorischer Verwertung des Menschenopfers ... verhetzend auf die Landbevölkerung einzuwirken“ und kritisierte, „dass der Bauer sich durch dieses Dazwischentreten der französischen Behörde in seinem ungesetzlichen Beginnen gestärkt und unterstützt fühlte“<sup>57</sup>. Der Trierische Bauernverein hatte gleich nach dem tödlichen Zwischenfall telegrafisch bei der Regierung in Berlin Protest erhoben<sup>58</sup>

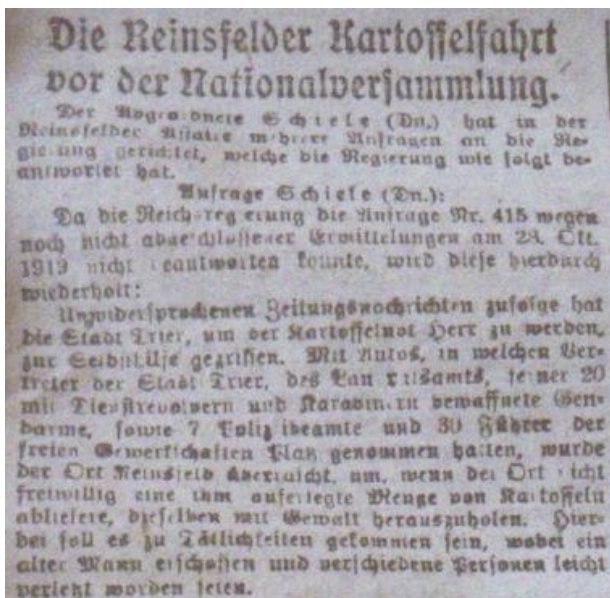


und der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz – Klemens Freiherr von Schorlemer-Lieser<sup>59</sup> – hielt in einem Schreiben an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Rudolf von Grootte<sup>60</sup> eine restlose Aufklärung des Falles in der Öffentlichkeit“ für dringend geboten, damit den „schuldigen Teilen vor Augen geführt werden kann, welche Wirkungen in unseren bewegten Zeiten eine Verletzung der Gesetze sowohl wie eine unzweckmäßige Durchführung derselben zeitigen muss“. Der Trier-Eurener Pfarrer Johann Jakob Schifferings<sup>61</sup>, Vorsitzender des Trierischen Bauernvereins, beklagte sich beim Trierer Regierungspräsidenten, dass „die Untersuchung der Vorgänge in Reinsfeld ... zu einer vollkommenen Klärung nicht geführt“ hätte. Einer schiebe die Schuld auf den anderen. „Es steht jedoch fest, dass die Art und Weise der Expedition nach Reinsfeld ein Fehlgriff ersten Ranges war und man kann sich nur darüber wundern, wenn eine so plumpe Methode auf Beschaffung von Nahrungsmitteln nicht zu größerem Blutvergießen geführt hat“. Die Landwirte in der Gegend von Hermeskeil und in den Kreisen von Bitburg und Daun seien aufs höchste erregt und verlangten unbedingt „eine Genugtuung für die Bluttat in Reinsfeld“. Da die beiden Assessoren Gahlen und Dr. Eiler die Fahrt nach Reinsfeld projektiert und durchgeführt hatten, beantragte Schifferings „die sofortige Suspension der beiden Herren und deren Absetzung nach endgültiger Feststellung des Tatbestandes“<sup>62</sup>. Einen Tage nach Schifferings Schreiben verfügte der französische General Manguin nicht nur die Ausweisung von Gahlen und Dr. Eiler, sondern darüber hinaus auch noch die des Regierungsdezernenten Hansemann<sup>63</sup>, die er als die „Veranstalter der Reinsfelder Kartoffelfahrt“<sup>64</sup> ausgemacht hatte.

In einer außerordentlichen Gauversammlung bekräftigten die Delegierten des Trierischen Bauernvereins „ihre lebhafteste Entrüstung über den Reinsfelder Gewaltakt, infolgedessen unschuldiges Blut geflossen“ sei. Dem „wackeren Vorsteher“ von Reinsfeld sprachen sie ihre vollste Zustimmung, „den Hinterbliebenen des unschuldigen Opfers ihr tiefstes Beileid“ aus. Sie verlangten „rücksichtslose Bestrafung der Schuldigen und wirksamen Schutz für die Zukunft, speziell mit Rücksicht darauf, dass tagtäglich mit weiteren Gewalttaten gedroht wird“<sup>65</sup>.

Inzwischen hatten sich Arbeiter, Angestellte und Bürger aus Trier und Umgebung zusammengetan und Forderungen, die Sicherstellung der Kartoffelversorgung betreffend, an die Regierung gestellt. Gefordert wurde auch die Bildung eines Lebensmittelamtes und einer Preisprüfungsstelle mit Vollzugsgewalt, energische Maßnahmen gegen das Wucher- und Schiebertum und eine Höchstpreisfestsetzung für alle Gebrauchsgegenstände<sup>66</sup>. Auf Einladung von Regierungspräsident Wilhelm Momm versammelten sich Vertreter von Stadt und Landkreis Trier, Vertreter des Trierischen Bauernvereins und der Freien und Christlichen Gewerkschaften, der Eisenbahnverwaltung, der Handelskammer und der politischen Parteien<sup>67</sup>. In den Ausführungen des Sekretärs der Freien Gewerkschaft Matthias Theisen „trat mal wieder so recht das Elend und die Not der Minderbemittelten und Arbeiter sowie Angestellten ans Licht“. Er prangerte „das unverantwortliche Vorgehen einzelner Vertreter der Bauernorganisationen an, die zuzusagen die Bauern zu den hohen Forderungen animierten“ und streifte „den bedauerlichen Vorfall in Reinsfeld und appellierte an die Vernunft der

Bauern“. An der Diskussion beteiligte sich u.a. Pfarrer Schifferings, der Vorsitzende des Trierischen Bauernvereins, „der die Gefahren eines Bürgerkrieges vorzusehen glaubt, dessen Auftakt schon erfolgt sei“<sup>68</sup>. Ein Mittelweg zur Verständigung müsse gefunden werden, er gebe ohne weiteres zu, dass die hohen Preise seitens der Arbeiter und Städter nicht gezahlt werden könnten. In dieser Beziehung sei auf dem Lande sehr oft gesündigt worden. In erster Linie sei das Schiebertum zu unterbinden, der den Wucher auf eine unerträgliche Höhe getrieben habe. Oberbürgermeister Albert von Bruchhausen<sup>69</sup> schilderte ebenfalls die große Not der arbeitenden Bevölkerung und hielt es für eine Pflicht aller Kreise, helfend einzugreifen. Direktor Raimund Faust vom Trierischen Bauernverein führte aus, dass der von der Reichskartoffelstelle festgesetzte Höchstpreis seinerzeit zu niedrig gewesen. Man müsse zum mindesten einen Selbstgestehungspreis festsetzen. Er hoffe auch, „dass bald wieder der Friede zwischen Stadt und Land einziehen würde“<sup>70</sup>. Die Bauernorganisation werde alles aufbieten, um Kartoffeln zu liefern, wenn man sich auf einen vernünftigen Preis verständigen könne. Nachdem Oberbürgermeister Albert von Bruchhausen erklärt hatte, dass die Stadt Trier einen Zuschuss zahlen werde, einigte man sich nach dreistündiger Beratung darauf, dass der produzierende Landmann künftig zwölf Mark für den Zentner erhalten und dass das Bezugsscheinverfahren neu geregelt werde. Das bedeutete, dass alle Kartoffeln im Landkreis Trier nur mehr an die Kommissionäre der Handelsgesellschaft ländlicher Genossenschaften GmbH verkauft werden durften, die ihrerseits die Stadt ausgiebig zu beliefern hatten. Damit glaubte man, dem Schleichhandel einen Riegel vorschieben zu können<sup>71</sup>.



Trierische Zeitung  
vom 26.12.1919

Während sich nun auf lokaler Ebene eine weitgehend einvernehmliche Lösung abzeichnete, beschäftigte in den kommenden Monaten die Reinsfelder Kartoffelaffäre die verfassungsgebende preußische Landesversammlung, die Nationalversammlung und die Reichsregierung. Mehrere Anfragen der Trierer Zentrums-Abgeordneten Peter Legendre<sup>72</sup>, Ludwig Kaas<sup>73</sup> und Matthias Neyses<sup>74</sup> forderten von der Regierung die vollkommene Aufklärung und Feststellung der Schuldfrage des tragischen Ereignisses in Reinsfeld sowie die angemessene

Entschädigung der Familie des erschossenen Bergmanns Johann Bonertz. In einer dritten Anfrage wollten die Abgeordneten wissen, ob der Regierung bekannt sei, dass die Reinsfelder Bauern „im Anklagezustand versetzt und sie dadurch in die Defensive gedrängt seien“<sup>75</sup>. Auch der Abgeordnete des sächsischen Wahlkreises Jerichow und spätere Reichsinnen- und Reichsernährungsminister Martin Schiele<sup>76</sup>, der sich als Sohn eines Rittergutspächters sehr für die Belange der Bauern einsetzte, forderte Aufklärung über die Reinsfelder Vorgänge. In der Sitzung der Nationalversammlung am 21. November 1919 verkündete Unterstaatssekretär Dr. Peters im Auftrag des Reichswirtschaftsministers, „dass die Staatsregierung das Vorkommnis lebhaft bedauert, dass die beteiligten Beamten keine Schuld trifft und dass inzwischen alles getan worden ist, um die Landbevölkerung über den Vorfall zu beruhigen und die Stadt Trier ausreichend mit Kartoffeln zu versorgen“<sup>77</sup>.

---

<sup>1</sup> Johannes Lanser und Fritz Reiber, Chronik von Reinsfeld zur 1000-Jahrfeier, (zit. Chronik Reinsfeld), Trier 1981, Seite 288 f.

<sup>2</sup> So in der Sterbeurkunde Nr. 124 vom 8. Oktober 1919, Standesamt Hermeskeil.

<sup>3</sup> Chronik Reinsfeld (wie Anm. 1.) Seite 288.

<sup>4</sup> Trierische Landeszeitung (zit. TLZ), Trierischer Volksfreund (zit. TV), Kölnische Volkszeitung (zit. KV), Rheinische Zeitung (zit. RZ), Bauern-Stimmen (zit. BS), Volkswacht (zit. VW) u.a. Die Hochwald-Zeitung (zit. HZ) als wichtigstes Lokalorgan fällt leider aus, da der komplette Jahrgang 1919 nicht mehr aufzufinden ist.

<sup>5</sup> Grundlage dieses Aufsatzes sind neben Zeitungsberichten im Wesentlichen die Akten im Bundesarchiv Berlin (zit. BAB) Best. R 43 I (Reichskanzlei) Nr. 1147 und 1348, im Landeshauptarchiv Koblenz (zit. LHAK) Best. 403 (Oberpräsidium der Rheinprovinz) Nr. 12398-12402 und im Stadtarchiv Trier (zit. SAT) Tb 99/49 und 100/50 (Ratsprotokolle).

<sup>6</sup> Vorsitzender des dem Zentrum nahestehenden Trierischen Bauernvereins war Pfarrer Johann Jakob Schifferings. Die erste Ausgabe des offiziellen Vereinsorgans: Bauern-Stimmen – Wochenblatt für Volkswirtschaft, Acker- und Weinbau erschien am 14. Juni 1919.

<sup>7</sup> Ende Juni 1919 begann der Abzug der Amerikaner, die das Trierer Land nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg besetzt hielten, Anfang August erfolgte der Einmarsch der Franzosen als neue Besatzungsmacht. Vgl. Emil Zenz, Die Stadt Trier im 20. Jahrhundert, 1. Hälfte 1900-1950, Trier 1981.

<sup>8</sup> Das gleich nach Kriegsbeginn von Großbritannien erlassene Handelsverbot gegen Deutschland führte zu Rohstoffmangel und Lebensmittelknappheit. Für die notleidende Bevölkerung wurde die Seeblockade zur Hungerblockade.

<sup>9</sup> LHAK (wie Anm. 5) Best. 403 Nr. 12410: Festsetzung von Kartoffelhöchstpreisen.

<sup>10</sup> Der im Oktober 1915 errichteten Reichskartoffelstelle – als Nachfolgeorganisation der Reichsverteilungsstelle für Kartoffelversorgung – entsprach die für das Trierer Land zuständige Provinzialkartoffelstelle in Koblenz, vgl. LHAK (wie Anm. 5) Best. 403 Nr. 12468: Errichtung und Geschäftsbetrieb der Provinzialkartoffelstelle in Koblenz.

<sup>11</sup> Einem Erwachsenen wurde ein Pfund Kartoffeln pro Tag zugestanden, später drückte man die Tagesration auf dreiviertel Pfund pro Tag und in manchen Städten auf drei Pfund in der Woche.

<sup>12</sup> Über die Verwertung der Kohlrübe und der ihr verwandten Rübenarten „als Streckungsmittel der menschlichen Nahrung“ vgl. LHAK (wie Anm. 5) Best. 403 Nr. 12665.

<sup>13</sup> Luisenthal ist heute nach Völklingen eingemeindet.

<sup>14</sup> Eintrag in der Schulchronik Thomm, Seite 87, vom 1. Juli 1917.

<sup>15</sup> HZ (wie Anm. 4) vom 31. Juli 1917.

<sup>16</sup> SAT (wie Anm. 5) Tb 199/49, Seite 207.

<sup>17</sup> Ebd. Seite 280 f.

<sup>18</sup> HZ (wie Anm. 4) Nr. 1 vom 2. Januar 1918.

<sup>19</sup> Ebd.

<sup>20</sup> VW (wie Anm. 4) Nr. 19 vom 17. September 1919. In Hermeskeil stand der Lebensmittelkommission der Sekretär beim Amtsgericht Schlevogt vor.

<sup>21</sup> Ebd. Nr. vom 30. Januar 1918 nach einer Mitteilung in der Neuen politischen Korrespondenz vom 25. Januar 1918.

<sup>22</sup> TLZ (wie Anm. 4) Nr. 215 vom 20. September und VW (wie Anm. 4) Nr. 25 vom 24. September.

- 
- <sup>23</sup> TV (wie Anm. 4) Nr. 459 vom 2. Oktober 1919.
- <sup>24</sup> Der aktuelle Höchstpreis, den die Bauern für die Kartoffeln fordern durften, war von der Provinzialkartoffelstelle auf 7,25 Mark festgelegt worden zuzüglich einer *Schnelligkeitsprämie* 0,50 Mark für Lieferungen bis 31. Dezember 1919 und einer Anfuhrprämie zum jeweiligen Bahnhof von 0,25 Mark, zusammen also auf 8,00 Mark für den Zentner.
- <sup>25</sup> Agenten für den Hochwaldraum waren Peter Borré, Landesproduktenhandlung und Reigbesen-Versand in Hermeskeil, und Philipp Gregorius in Kell.
- <sup>26</sup> LHAK (wie Anm. 5) Best. 403 Nr. 12400, Seite 429 und 433.
- <sup>27</sup> Trierischer Bauernverein in TLZ (wie Anm. 4) Nr. 229 vom 7. Oktober 1919.
- <sup>28</sup> Ebd.
- <sup>29</sup> So der Hermeskeiler Agent Peter Borré in seinem Schreiben an die Handelsgesellschaft ländlicher Genossenschaften in Koblenz vom 29. September 1919, vgl. LHAK (wie Anm. 5) Best. 403 Nr. 12400, Seite 429.
- <sup>30</sup> Die erste Ausgabe der Volkswacht – Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung des Regierungsbezirks Trier (zit. VW) erschien am 27. August 1919 mit dem Aufmacher „Ein neuer Kämpfer für den Sozialismus“.
- <sup>31</sup> Emil Zenz, Geschichte der Stadt Trier, Band 2: 1914, Trier 1971, Seite 394.
- <sup>32</sup> Vgl. Heinz Monz, Trierer Biographisches Lexikon, Trier 2000, Seite 358.
- <sup>33</sup> VW (wie Anm. 4) Nr. 32 vom 2. Oktober 1919.
- <sup>34</sup> Wilhelm Momm (\*1865 in Barmen + 1935 in Potsdam), 1918 Regierungspräsident in Trier, anschließend in Wiesbaden, jedoch bis 1920 Weiterführung der Dienstgeschäfte in Trier.
- <sup>35</sup> Maximilian von Troschke (\*1864 in Fürstenflage +1942 in Berlin), 1894-1920 Landrat des Landkreises Trier.
- <sup>36</sup> Bericht des Regierungspräsidenten Momm in Trier an den Oberpräsidenten von Grooten in Koblenz im LHAK (wie Anm. 5) Best. 403 Nr. 12400, Seite 483-425.
- <sup>37</sup> Ebd. Seite 415.
- <sup>38</sup> Nach Zeugenaussagen, mitgeteilt in BS (wie Anm. 4) Nr. 18 vom 11. Oktober 1919.
- <sup>39</sup> BS Nr. 18 vom 11. Oktober.
- <sup>40</sup> Nach den späteren staatsanwaltlichen Ermittlungsakten habe man Reinsfeld ausgesucht, weil die dortigen Bauern sich „ganz besonders lässig in der Kartoffellieferung“ zeigten, „dieselbst aber bekanntlich viel Kartoffeln geerntet werden“. Dieser Einschätzung steht allerdings die Bereitschaft der Reinsfelder Bauern gegenüber, ihre Kartoffeln zu zehn Mark den Zentner abzugeben, also günstiger als alle anderen Hochwalddörfer. Vermutlich war es die Dorfnähe zum Bahnhof, die die Initiatoren Reinsfeld als Zielort ihrer Kartoffelbeschaffungsaktion auswählen ließ.
- <sup>41</sup> Vgl. LHAK (wie Anm. 5) Best. 403 Nr. 12400, Seite 416.
- <sup>42</sup> Nach einer Aufstellung von Oberwachtmeister Ruhwedel von der 8. Gendarmerie-Brigade, Offizier-Distrikt Trier, kamen die Gendarmen aus Fell, Ehrang, Hermeskeil, Mariahütte, Karthaus, Konz, Leiwen, Otzenhausen, Ralingen, Ruwer, Schillingen, Schweich, Wasserbilligerbrück, Wilzenburg und Zemmer.
- <sup>43</sup> TV (wie Anm. 4) Nr. 459 vom 2. Oktober 1919.
- <sup>44</sup> VW (wie Anm. 30) Nr. 32 vom 2. Oktober 1919.
- <sup>45</sup> LHAK (wie Anm. 5) Best. 403 Nr. 12400, Seite 69-489.
- <sup>46</sup> BS (wie Anm. 4) Nr. 18 vom 11. Oktober 1919.
- <sup>47</sup> Gemeint ist der Knotenpunkt beim Gasthaus Kuhl, wo Hunsrückstraße, Herrensteg und Renusstraße zusammentreffen.
- <sup>48</sup> In den amtlichen Stellungnahmen war von einem „organisierten Widerstand“ der Bauern die Rede, was aber keinesfalls zutraf.
- <sup>49</sup> Nach Aussage einer seiner drei Töchter, der späteren Schwester Frebonia im Benediktinerkloster Großkönigsdorf bei Köln-Freschen, saß die Familie im etwa 400 m weit entfernten Wohnhaus in der Kampusstraße beim Mittagessen. Von dem „Geschrei und ‚Gedemmel‘ aufgeschreckt, machte sich der Vater auf, um nachzusehen, was da los sei“.
- <sup>50</sup> TV (wie Anm. 4) Nr. 451 vom 3. Oktober 1919.
- <sup>51</sup> Sterbeurkunde Nr. 124 vom 8. Oktober 1919, Standesamt Hermeskeil.
- <sup>52</sup> Die Obduktion der Leiche wurde auf dem alten Kirchhof vorgenommen, vgl. LHAK (wie Anm. 5) Best. 403 Nr. 12400.
- <sup>53</sup> LHAK (wie Anm. 5) Best. 403 Nr. 12400 und TV (wie Anm. 4) Nr. 451 vom 3. Oktober 1919.
- <sup>54</sup> BS (wie Anm. 4) Nr. 29 vom 17. Juli 1920
- <sup>55</sup> Ebd.
- <sup>56</sup> Beschluss des Kreisausschusses vom 30. Juni 1920. Der Landrat wies den Hermeskeiler Bürgermeister an, „den Betrag von 928,40 Mark an die in Betracht kommenden Landwirte zu überweisen“.
- <sup>57</sup> Bericht des Regierungspräsidenten in Trier an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Koblenz vom 16. Oktober 1919, vgl. LHAK (wie Anm. 5) Best. 403 Nr. 12400.
- <sup>58</sup> BAB (wie Anm. 5) Best. R 43 I (Reichswirtschaftsministerium) Nr. 1255, vgl. TV (wie Anm. 4) Nr. 463 vom 4. Oktober 1919.

- 
- <sup>59</sup> Klemens Freiherr von Schorlemer-Lieser (\*1856 in Alst + 1922 in Berlin), 1905-1910 Oberpräsident der Rheinprovinz, 1918 Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz.
- <sup>60</sup> Rudolf Felix Joseph von Groote (\*1958 in Bonn +1922 in der Abtei Maria Laach), 1908 Vorsitzender der Landwirtschaftskammer Rheinland, 1918-1922 Oberpräsident der Rheinprovinz in Koblenz.
- <sup>61</sup> Johann Jakob Schifferings. \*1870 in Rüdesheim, +1926 in Trier, seit 1915 Pfarrer in St. Helena Trier-Euren.
- <sup>62</sup> Schreiben vom 11. Oktober, vgl. LHAK (wie Anm. 5) Best. 403 Nr. 12400.
- <sup>63</sup> Ebd.
- <sup>64</sup> BS (wie Anm. 4) Nr. 21 vom 1. November 1919 meldete: ... die Veranstalter der Reinsfelder Kartoffelfahrt sind von der französischen Behörde ausgewiesen worden und sind bereits über den Rhein.
- <sup>65</sup> Gauversammlung am 15. Oktober in Trier-Olewig, vgl. LHAK (wie Anm. 5) Best. 403 Nr. 12400.
- <sup>66</sup> Ebd., vgl. auch VW (wie Anm. 4) Nr. 44 vom 16. Oktober 1919 und BS (wie Anm. 4) Nr. 44 vom 16. Oktober 1919.
- <sup>67</sup> VW (wie Anm. 4) Nr. 44 vom 16. Oktober 1919. Die Abwesenheit der Zentrumspartei wurde darauf zurückgeführt, dass die Abgeordneten verreist seien.
- <sup>68</sup> VW (wie Anm. 4) Nr. 44 vom 16. Oktober 1919.
- <sup>69</sup> Albert von Bruchhausen (\*1859 in Oelde +1948 in Buchheim), 1904-1927 Oberbürgermeister in Trier.
- <sup>70</sup> Ebd.
- <sup>71</sup> Am 16. Oktober 1919 wurden diese Vereinbarungen als amtliche Bekanntmachung veröffentlicht, vgl. VW (wie Anm. 4) Nr. 46 vom 18. Oktober 1919.
- <sup>72</sup> Peter Legrendre (\*1866 in Völklingen +1924 in Darmstadt), 1911-1920 Abgeordneter der Zentrumspartei für den Wahlkreis 21 Trier-Koblenz.
- <sup>73</sup> Prälat Ludwig Kaas (\*1881 in Trier +1952 in Rom), 1919-1933 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und des Reichstages. Kaas setzte die Zustimmung der Zentrumspartei zu Hitlers Ermächtigungsgesetz durch.
- <sup>74</sup> Matthias Neyses (\*1872 in Meckel +1946 in Bitburg), 1919-1933 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und des Reichstages.
- <sup>75</sup> BS (wie Anm. 4) Nr. 26 vom 6. Dezember 1919.
- <sup>76</sup> Martin Schiele (\*1870 in Groß-Schwarzlosen +1939 in Zislow), 1918 Mitbegründer der Deutschnationalen Volkspartei DNVP, 1919 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung.
- <sup>77</sup> Ebd. Nr. 11 vom 13. März 1920.